

Volksmacht

für Schlessen

Organ für die werttätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 3 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlessen 1.00 M., auswärts 1.20 M., Einzelnummern 1.00 M., Familienanzeigen 0.40 M., Geschäfts-Anzeigen, Verdingungen und Wohnungs-Anzeigen 0.40 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.30 M., das letzte Wort 1.00 M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vorläufige 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Geschäfts-Abteilung Postfach 606 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren: Postfach 606, durch die Zustellungsstellen der „Volksmacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Preis monatlich 4.20 M., vierteljährlich 12.50 M., einschließlich Postgebühren, durch die Post bezogen vierteljährlich 15.50 M. (ohne Postgebühren), bei losen Abnahme durch die Post 16.50 M., monatlich 6.10 M., vierteljährlich 18.50 M.

Wann Wirth zurücktreten würde.

Frankreich gegen den Selbstschutz.

Die neue französische Note, deren Wortlaut wir unten wiedergeben, überspannt die Ausnutzung aller politischen Fehler auf deutscher Seite zugunsten der französisch-polnischen Sache in einem außerordentlichen Maß. Die französische Regierung kann daraufhin nicht scharf genug auf die gefährlichen Konsequenzen aufmerksam gemacht werden, die aus ihrer Politik des militärischen Umdewetterverstärkens in Oberschlesien entstehen können. Wir haben an dieser Stelle wiederholt vor einer zu langsamen Auflösung der Selbstschutzformationen gewarnt und dabei dargelegt, daß der Selbstschutz auch im Falle eines vierten Aufstandes, mag man seine Verdienste um die Oberlinie im dritten Aufstand noch so hoch schätzen, der deutschen Sache keine entscheidende Hilfe bringen kann, daß er aber vorher uns selbst schon die größten Schwierigkeiten schaffen muß. Leute, die in der ober-schlesischen Frage westlich nicht über die Grenzen des Selbstschutzgebietes hinaussehen können und infolgedessen die Lage für Oberschlesien seit Kriegsende immer wieder falsch eingeschätzt haben, haben gewisse Einstellungen in dem politisch am wenigsten gebildeten Teile der ober-schlesischen Bevölkerung erstarrt genommen, als die Machtverhältnisse, auf die wir warnend hinwiesen. Sie haben dadurch auch in englischen Kreisen, wie andeutungsweise aus der Unterredung des Generals Henneser mit dem Korrespondenten der „Vossischen Zeitung“ hervorging, übertriebene Besorgungen veranlaßt, die die französische Regierung jetzt ausnützt, indem sie den an der Ruhr diplomatisch erschwerten Druck der Vajonette auf Deutschland jetzt in Oberschlesien selbst auszuüben sucht. Daß von einem militärischen Druck deutscherseits auf die endgültige Entscheidung trotz den paar politisch ungebildeten Abenteurern, die daran noch wirklich denken mögen, nie die Rede sein konnte, weiß die französische Regierung natürlich selbst. Wenn sie den polnischen Gegendruck und damit eine Kriegsgefahr fürchtet, so kann sie damit wohl nur militärische Pläne begründen, den Engländern zur vorläufigen Befehung den an Polen grenzenden Teil, den Franzosen das an Deutschland grenzende Oberschlesien zu rekrutieren. Für die deutsche Bevölkerung Westoberschlesiens wäre das eine harte Gebuldsprobe, für den Osten des Industriegebietes immerhin eine gewisse Sicherung gegen neue Invasionen.

Zur Bereitstellung von Verstärkungen regulärer Formationen wird sich die deutsche Reichsregierung sicher sehr gern zur Verfügung stellen.

Die Verschiebung der endgültigen Entscheidung aber wegen dieser aufgebauchten Rücksichtnahme auf ein paar durch das Vorbild der Insurgenten verdrehte Eingänge zu denen General Höfer, der längst wieder in seine thüringische Heimat zurückgekehrt ist, nicht gehört, wird hoffentlich nicht erst die deutsche Regierung zurückweisen müssen. Die französische Presse selbst nimmt ja nicht ernstlich an, daß die englische Regierung das mitmacht und auch die Italiener werden die damit verbundene Verlängerung ihrer opferreichen Mission in Oberschlesien wegen höchst einseitiger französischer Bestrebungen zur Verschiebung der Lage hoffentlich ablehnen. — m.

Borgestern nachmittag besuchte der französische Botschafter Laurent den Minister des Auswärtigen Rosen, um ihm im Namen seiner Regierung die folgenden Eröffnungen zu machen. Die jetzt bestimmten eingehenden Berichte des Generals De Rond und die dringenden Mitteilungen der polnischen Regierung lassen keinen Zweifel über den insofern der Verhältnisse der Deutschen immer drohender werdenden Charakter der Lage in Oberschlesien und zwar wegen Nichtablieferung der Waffen und wegen Aufrechterhaltung der deutschen Barden im Ab-Rückungsgebiet selbst ober an seinen Grenzen und über die Gefahr einer gewaltsamen Aktion in Oberschlesien, sei es vor der Mitteilung einer Entscheidung der Mächte, sei es unmittelbar danach, wenn Deutschland nicht voll befriedigt wird. Die ungeheuerlichen Verurteilungen und unmittelbaren Herausforderungen des Generals Höfer bekräftigen die Aussage des in Oberschlesien vorbereiteten Angriffes. Im Selbstschutzgebiet selbst wehren sich die deutschen Attentate, die besonders gegen die französischen Truppen und Beamten gerichtet sind, und die Lage wird immer konfliktreicher. Am 4. Juli wurde Major Krontalege in Beuthen ermordet, am 8. Juli wurde in Knittor ein Adjutant des französischen Kontrolleurs in seinem Hotel angegriffen und konnte sich nur dadurch retten, daß er sich in seinem Zimmer verbarrikadierte. Am 12. Juli wurde der französische Hauptmann Lux in seinem Hause von einer Gruppe

bewaffneter Männer angegriffen. In Oppeln wurde Leutnant Dupal mit einem Dolch bedroht, er konnte sich aber, ohne verwundet zu werden, losmachen. Eine Bombe wurde in der Nähe des Hospitals geworfen. Ein französischer Beamter, der als Untersuchungsrichter fungierte, Schädlein, wurde angefallen, seiner Brieftasche und seiner Papiere beraubt und festig verurteilt, ohne daß die Polizei einschreiten wollte. Die häufige Wiederholung dieser Attentate ist bezeichnend. Bei der Verhaftung ergab sich, daß die Urheber dieser Verbrechen Mitglieder von Freikorps sind, die nicht zu diesem Gebiete gehören. Die Selbstschutzformationen sind nicht entwaffnet und nur zum Schein beurlaubt. Es ist festgestellt, daß von 40 000 nur 10 000 Mann aus dem Gebiete stammen. Weitere 10 000 sind in Gruppen verstreut in dem Gebiet verstreut. Von 20 000 Mann, die abtransportiert wurden, ist der größte Teil in Mittel- und Nieder-schlesien geblieben. Die Studenten wurden in ihre Heimatorte zurückgeschickt, sind aber bereit, auf den ersten Ruf hin herbeizueilen. Ein Teil von ihnen wurde nur für einige Tage auf Urlaub geschickt. So bleiben die deutschen Barden gewehrt bei Fuß, sei es im Selbstschutzgebiet, sei es an seinen Grenzen. Der Stamm dieser Bataillone, der zur Bildung der Armee gebildet hat, wurde nicht aufgelöst, sondern wird fortwährend vermehrt. Das Kommando bleibt am Platze. General Höfer ist in Brien.

Die Waffen wurden den Kontrolleurern nicht übergeben, die nur auf 250 Gewehre und auf ein verbrauchbares Maschinen-gewehr die Hand legen können, während 20 000 Mann mit modernen Waffen versehen waren. Auf diese Weise behalten die Selbstschutzorganisationen ihre Waffen, halten ihre Bestände aufrecht und sind bereit, auf das erste Zeichen hin einzugreifen. Die Verantwortlichkeit der Regierung bleibt, ebenso wie bisher, voll bestehen, weil sie die Rekrutierung, den Transport und die Bewaffnung der Selbstschutztruppen sowie ihre Zusammenziehung und ihren Fortbestand in Oberschlesien duldet. Unter diesen Umständen kann angehts des Bruches der deutschen Bedrohung die französische Regierung nicht daran denken — und sie ist überzeugt, daß die Alliierten ebenfalls daran denken — nach einer ober-schlesischen Forderung von einigen Tagen durch eine Sachverständigenkommission die endgültige Lösung der ober-schlesischen Frage zu treffen, die unmittelbar den Angriff einer wirklichen aus Un-terschieden gebildeten deutschen Armee hervorruft und ohne Zweifel durch eine Abwehraktion der Polen beantwortet werden würde. Die verbündeten Regierungen würden sich dann in die Kriegsverhältnisse heringezogen sehen. Sie würden nämlich nicht zulassen können, daß der Vertrag von Versailles verletzt und ihre Entscheidung mißachtet wird. Die französische Regierung, die auf Wunsch ihrer Verbündeten durch die Zahl ihrer Truppen und Beamten, die sie nach Oberschlesien entsandt hat, und durch den Vorstoß in der Interalliierten Kommission in erster Linie die Verantwortung trägt, hat mit Rücksicht auf die schwere deutsche Bedrohung Vorkehrung getroffen, um unverzüglich

eine Division zur Verstärkung nach Oberschlesien zu senden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und der drohenden Gefahr zu begegnen.

Im Anschluß an diese Eröffnung stellte der französische Botschafter an die deutsche Regierung folgende

Forderungen:

1. Es wird von Deutschland jede notwendige Maßregel verlangt, um die Selbstschutz- und Freikorpsorganisationen zu entwaffnen, aufzulösen und von der Grenze Oberschlesiens zu entfernen.
2. Deutschland wird aufgefordert, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Entscheidungen der alliierten Mächte und die Ausführung des Friedensvertrages in Oberschlesien keinen Widerstand finden.
3. Deutschland hat alle Maßnahmen zu treffen für die schnelle Herbeischaffung von Verstärkungen, welche eventuell nach Oberschlesien geschickt werden sollen.

Der Minister des Auswärtigen Rosen hat bei Entgegennahme des Schrittes des französischen Botschafters sofort mit größtem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, daß schon seit Wochen — und namentlich seit der sogenannten Säuberungsaktion — ähnliche und noch viel schärfere Klagen täglich und häufig von deutscher Seite aus Oberschlesien erhoben werden. Dr. Rosen hat den französischen Botschafter auch daran erinnert, daß er schon vor Beginn der Säuberungsaktion die Zweifel des deutschen Kabinetts an ihrer Wirksamkeit unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht und dessen Überzeugung ausgesprochen hat, daß die polnischen Insurgenten nur äußerlich entwaffnet, in Wirklichkeit aber im Lande verbleiben und dort ihre terroristische Tätigkeit weiter ausüben würden. Am 7. Juli hat der Minister des Auswärtigen ferner dem französischen Botschafter durch die Ratowitzer Großindustriellen Mitteilungen machen lassen, aus denen die Richtigkeit dieser Voraussage bestätigt wurde. Diese Mitteilung der Ratowitzer Augenzeugen, von denen die französische Regierung Kenntnis hat, enthielt tatsächliche Angaben darüber, daß nur die regulären polnischen und ein Teil der Halleristen über die Grenze abtransportiert worden seien, um sonst nichts weiter ausgebildet und an Stammbildungen für den nächsten polnischen Aufstand zusammen-gesetzt zu werden, daß die Waffen nicht abgeliefert, sondern versteckt und, um Beschädigungen durch Risse zu verhüten und zum Teil in eigens dazu hergestellten Zinkfässern vergraben seien, daß Plünderungen und Verschleppungen nach wie vor stattfänden und daß die Organisation der Insurgenten von neuem geblüht sei. Durch die Tatsache, die sogar Herrn Korfanow den Bericht in Ober-schlesien vorzulesen, sei hierzu jede gewöhnliche Entschuldigung geboten.

Nach diesen vorläufigen Erwiderungen besteht es bei der Minister des Auswärtigen die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem eingehenden Angriff aller in der Eröffnung des französischen Botschafters enthaltenen Forderungen

Französische Kommentare.

Die Pariser Morgenpresse bereitet der französischen Note über Oberschlesien nur eine teilweise zustimmende Aufnahme. Auch die der Regierung nahestehenden Blätter drücken Zweifel darüber aus, ob die vom Ministerpräsidenten angenommene Forderung die richtige sei. Vor allem äußert sich *Le Parisien* kritisch. Philipp Millet schreibt: Gerechterweise sei die französische Regierung über die Attentate, deren Opfer Franzosen in Oberschlesien geworden seien. Mit gutem Recht könne man darauf hinweisen, daß die deutschen Bedrohungen im Selbst-schutzgebiet doch noch vorhanden seien. Daraus folgere man nun, daß man warten müsse, während man im Gegenteil den Gedanken daraus ableiten könne, daß man sich beeilen müsse. Je mehr man die endgültige Lösung, vor die man die Polen und Deutschen stellen würde, hinauszögere, desto mehr müsse die Er-zregung beiderseits wachsen. Das Problem der Grenzabhebung ge-mäß den Ergebnissen der Volksabstimmung sei offenbar mit Ab-sicht kompliziert worden. Es sei schon feststehend, daß man bis zum 20. März 1921 erwartet habe, um abstimmen zu lassen. Das hätte 6 Monate früher geschehen können. Jetzt befindet man sich seit vielen Wochen vor einem Vermittlungsvorschlag des Grafen Ferrero, den die Polen in großen Linien annehmen geneigt seien. Worauf warte man nun noch, um ihn anzunehmen? Si-garo sagt: In Paris weigere man sich, die ober-schlesische Frage als eine reine Handlung anzusehen, darum werde die gesamte deutsche Frage in ihrem vollen Umfange ausgerollt. Es bestehe Gefahr, daß man aus Oberschlesien ein neues Irland mache und das Feuer in Europa wieder anzünde. Gaulois schreibt: Die ober-schlesische Angelegenheit erweise sich bedauerlicherweise als hier und nicht als Friedensfrage, dessen Konsequenz betrüblich sein und schließlich vielleicht auch das Reparationsabkommen zwischen Loucheur und Rathenau in Frage stellen könnte. Das gewerkschaftliche Tagesblatt „Le Peuple“ schreibt: Es sei nicht daran zu zweifeln, daß die französische Note einen direkten An-griff gegen die englische Regierung stelle. Zwei Dinge er-zregen in der Note hauptsächlich Unmut. Das eine sei, daß die französischen Diplomaten nicht darauf verzichtet hätten, Frank-reich den Gendarmen spielen zu lassen; das zweite, daß die mili-tärischen Maßnahmen den Eindruck erwecken würden, Frankreich treffe Vorbereitungen zu einer Lösung, die sich nur mit Gewalt durchsetzen lasse. „Populaire“ führt aus: Die französischen Sol-daten sollen noch einmal und immer wieder das traurige und gefährliche Handwerk des europäischen Gendarmen spielen. Die öffentliche Meinung der französischen Arbeiterwelt wird gerech-terweise erregt sein, wenn sie vernimmt, daß die französische Re-gierung Vorkehrungen zur Entsendung französischer Verstärkungen getroffen hat, ohne das Parlament vor dem Beschluß zu befragen. Das Blatt fragt, warum mache die französische Regierung nur Anspielungen auf die Verantwortlichkeit Deutschlands bei den augenblicklichen Verwicklungen des ober-schlesischen Konfliktes, gerade als ob der Zustand Konstantz nicht festgestellt habe, und wie könne man von einer improvisierten Entscheidung sprechen 4 volle Monate nach der Volksabstimmung. (?) „Cercle Nouvelle“ billigt den Schritt des Ministerpräsidenten Briand und sagt: Wenn die Kabinette von London und Rom dem Verlangen nach Entsendung von Verstärkungen nachgeben würden, dann sei der erste Schritt zur Lösung des Konfliktes geschehen, dem man seit dem Kriege ausgeht sei. „Humanité“ sagt: Die Soldaten, selbst wenn sie in großer Menge auftreten würden, seien niemals ein Mittel gewesen, den Krieg zu vermeiden. Gustav Herze nennt in der „Vieille“ den französischen Vorschlag, Verstärkungen nach Oberschlesien zu schicken, die Ungeheuerlichkeit.

Wirth macht sein Verbleiben von günstiger Entscheidung über Oberschlesien abhängig.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die „Chicago Tribune“ teilt mit, daß der Reichskanzler Wirth vor einigen Tagen dem englischen Botschafter in Berlin Lord D'Abernon erklärte, daß wenn die Lösung der ober-schlesischen Frage nicht günstig für Deutschland ausfällt und wenn die Sanktionen im Rheinlande beibehalten würden, er die Lage als zu schwierig ansehe, um an der Spitze der deutschen Regierung zu bleiben.

Dominicus für die Auflösung der schlesischen Orgesch.

Gegensatzorganisation in Aussicht gestellt.

Der Antifranzösische „Presseklub“ veröffentlicht den wichtigsten Teil aus der Antwortrede des preussischen Innen-ministers Dominicus auf die Rede unseres Genossen Hellmann. Daraus geht in der Frage der Auflösung der Orgesch hervor, daß der Innenminister es zwar ablehnt, jede Organisation aufzu-lösen, die einmal der Organisation Eberich angehört hat, weil dazu in einigen Provinzen, z. B. auch die „Baterländerischen Frauenvereine“ gehören. In der Frage des „Heimatlich-keitsverbandes verfassungstreuer Schlessen“ heißt es: Der Innenminister auf Grund der Darlegungen unseres Genossen Hellmann und der ihm in Breslau gemachten Mitteilungen jedoch auf dem Standpunkt, daß hier als historische Bewegung-organisation der Orgesch ohne weiteres unter die Auflösungsbestimmung der preussischen Ausführungsverordnung fällt. Wenn in dieser Beziehung noch irgendwelche rechtliche Bedenken be-standen, erklärt sich der Minister bereit, im Zusammen mit der Reichsregierung neue Verordnungen zu erlassen, die die Auf-lösung der Orgesch ermöglichen. Die Verordnungen, die die Auf-lösung der Orgesch ermöglichen, sind im Anhang des

Die Kleine Entente.

Von Hermann Wendel.

Das oft angeführte Schlagwort von der Balkanisierung Europas durch den Ausgang des Weltkrieges birgt einen merkwürdigen realistischen Kern. Wenn der Balkan verrückt werde, weil die türkische Fremdherrschaft dem friedlichen Aufstieg kleinerer, wirtschaftlich und kulturell unentwickelter Völker gewaltsam hemmt und derart Reibungen und Erschütterungen hervorruft, so hätte das alte Österreich-Ungarn nicht mehr balkanische Bedenken als das umgebildete Europa. Auch in der Donaumonarchie rüttelte ein hartes Duzend Nationen verzweifelt an den Gittern eines Käfigs, vor dem die deutsche und die magyarische Herrschaft als Wächter saßen, und wenn gelegentlich selbst Sozialdemokraten das Habsburgerreich als Wirtschaftsgemeinschaft der Gebiete an der mittleren Donau zu rechtfertigen unternahm, so vergaß solche ideologische Verbrämung eines längst zur Auflösung reifen Herrschaftsverhältnisses einmal, daß auch die Wiener und Budapestiner Wirtschaftspolitik nur auf den Vorteil der Herrenvölker zugeschnitten war, und zum zweiten, daß gerade die wirtschaftliche Erstickung der unterdrückten Nationen ihren Drang nach politischer Selbstständigkeit heftigern mußte. Rein, mag es den schwarzweiß-röt gestrichenen Vertretern der langjährligen böhmer Herrenrasse noch so sehr als Umkleidekabine aller gottgewollten Ordnung erscheinen, daß die, mit Hebbel zu reden, „Nawischen „Bediente-wölfer“ nicht mehr in der Gesindekutsche sitzen, sondern ihr Schicksal in die eigene Hand genommen haben, der Untergang des Habsburgerreiches war eine unbedingte historische Notwendigkeit und die Bildung des polnischen, des tschechoslowakischen und der südslawischen Staaten ein großer geschichtlicher Fortschritt: die ökonomische wie politische Entleerung einer dünnen bevorrechteten Schicht zu Gunsten breiter bäuerlicher Massen.

Neder Polen noch die Tschechoslowakei noch Südslawien sind Schöpfungen der Entente etwa in dem Sinne, wie der Rheinbund eine Schöpfung des ersten Kapols war, denn Roths Hammer, Gegenstück zu Ludendorfs Hammer, zerklüftete nur die Rinde, die diese Völker hinderte, ans Licht zu treten. Das Schicksal allerdings dieser Millionen mit den selten oder nie gehörten Namen und den unaussprechlichen Sprachen an sich, ist den Wettermännern der europäischen Politik in Paris und London gänzlich fremd; der Osten und Südosten unseres Erdteils erscheint als Kolonialland, bestimmt, den großen kapitalistischen und imperialistischen Weltmächten möglichst viel wirtschaftlichen und politischen Vorteil abzumessen. Das Interesse der neuen kleinen Staaten wird rückwärts bei Seite geschoben, so, als das offizielle England die Sonne seiner Huld über Hohenzollernsche Ungarn scheinen ließ oder als das inoffizielle Frankreich das Österreichische Karls von Habsburg einsegnete. Darüber weiß man in Prag und Belgrad recht wohl Bescheid und etwas minder gut auch in Warschau und Bukarest, und das tiefe Mißtrauen gegen das, was die Briand und Lloyd George etwa morgen planen könnten, ist der Boden, in dem der Gedanke eines festeren Zusammenschlusses der sogenannten Nachbarstaaten keimt, aufsteigt und gedeiht.

Freilich nannte das im vorigen Jahr abgeschlossene Bündnis zwischen der Tschechoslowakei und Südslawien nicht zu Unrecht die gegenseitige Verbürgung der Erregungsfähigkeit des Trianoner Friedens seine Aufgabe; es kehrt seine Spitze ganz ausgeprochen gegen Ungarn. Ein Beispiel für die skandalöse Irreführung der öffentlichen Meinung Deutschlands über die Dinge in Osteuropa ist es, wenn ein Herr Dr. Gustav Fuchs im „Berliner Tageblatt“ fest und lächeln behauptet, daß „die von der Stefanstrasse abgetrennten und den Nachbarstaaten zugehörigen Gebiete von Millionen bewohnt“ werden, „die heute Tschechoslowaken, Rumänen und Jugoslawen heißen, aber magyarische Patrioten sind und es vermüt-

lich bleiben werden.“ In Wahrheit mag der Slowake nach Autonomierechten innerhalb der Republik Masaryks rufen, mag der Kroate über die Niederlegung der historischen Grenzen in seinem neuen Vaterland jubeln, mag der Siebenbürger Rumäne auf die Schlangenhaut und Schlammereis in den Bukarester Bantzen schreien, und der magyarische Stiefel nicht mehr von einer von den Orien zurück: von dieser Seite kommt der junge Staatsgebilde ganz gewiß keine Gefahr. Aber über ihrem Dasein hängt als drohende Wolke die mögliche Rückkehr der Habsburger nach Europa. Der Fall der Habsburger“ schrieb vor kurzem das Belgrader Blatt der serbischen Sozialdemokratie, was für Südslawen und Rumänen, für Tschechen und Polen die Vorbedingung ihrer nationalen Befreiung und Einigung, Habsburg auf dem magyarischen Thron, das ist die Bedrohung alles dessen, was die befreiten Nationen erreicht haben. Die Herrschaft der Habsburger bedeutet nicht allein die magyarische Gegenrevolution, sondern auch die Gegenrevolution im ganzen Donauboden, nicht allein die Knechtschaft der magyarischen Volksmassen, sondern auch die Rückkehr der nicht magyarischen Nationen unter die Fremdherrschaft. Dieser Gegenrevolution, ob sie nun mit oder ohne Zustimmung der Entente vor sich gehen sollte, einen eisernen Ring vorzulegen, diene die enge Verbindung von Prag und Belgrad.

Sofort möchte die französische Politik die revolutionäre Spitze dieses Bündnisses ins Gegenrevolutionäre umbiegen, indem sie für eine Ausdehnung der Kleinen Entente auf ihre besonderen Schutlinge und Günstlinge Polen und Rumänien Stimmung mache; obwohl beide an sich durch das gleiche Interesse der Aufrechterhaltung der Friedensverträge mit der Tschechoslowakei und Südslawien verknüpft sind, hätte sich mit ihrem Beitritt die Front des Bündnisses ganz von selbst gegen Moskau gedreht. Aber die Tschechoslowaken zeigten ganz und gar keine und die Südslawen noch weniger Lust, für die imperialistischen Gelüste Parisiens, für die rumänische Herrschaft in Bessarabien und am Ende für die französischen Glaubiger Kuplands die Katanien aus dem Feuer eines Krieges mit der Sowjetrepublik zu holen. Erst vor wenigen Wochen, nachdem mit dem großzügigen Verzicht der Großen Entente auf gewaltsame Wiederherstellung des Bolschewismus für die Kleine Entente die Gefahr ausgebläht war, als Kanonenfutter gegen Rußland verbraucht zu werden, wurde Rumänien in die Gemeinschaft aufgenommen, die nunmehr, von der Elbe bis zum Schwarzen Meer greifend und 42 Millionen Menschen umfassend, eine sehr ansehnliche Macht darstellt.

Nachdem Polen das Passivum der auf ihm lastenden Feindschaft Sowjetrußlands durch den Friedensschluß vorläufig wenigstens ausgeglichen hatte, schien die Möglichkeit seiner Heranziehung zur Kleinen Entente eher gegeben, und die Prager Politik, die für die Industriearbeiter der Tschechoslowakei Polen als Durchgangsland nach Rußland bitter nötig hat, mühte sich jüngst in dieser Richtung, indem sie Warschauer Ansprüche auf Disziplinierung und wahrheitsgemäß auch auf Oberbefehl zu unterstützen versprach. Aber sei es, daß die Leichener Kunde noch zu sehr brennt, sei es, daß noch immer die Hoffnung schwelt, durch Abtrennung Karpathenrußlands von der Tschechoslowakei Polen und Ungarn unmittelbar miteinander zu verbinden, sei es, daß die Entente irgendwie dahintersteht, auf jeden Fall zeigte Warschau vor der Hand die kalte Schulter.

Was schließlich an den eben umhantelten Gerüchten daran ist, daß England Rumänien und Südslawien für die Verteidigung Konstantinopels gegen Kemalisten und Bolschewisten anschieben wolle, steht dahin. Aber im Fluß sind die Verhältnisse im Osten und Südosten Europas noch, und jeder wird bei einem Urteil über ihre voranschreitende Entwicklung in die Irre gehen, der die Kleine Entente einfach als willkürliches Werkzeug der westlichen Großmächte in Rechnung stellt.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Erleichterung im Abschluß von Handelsverträgen. — Schweizer Zolltarif. — Französische Konzeptionen. — Handelsverkehr nach dem Osten. — Russische Konzeptionen.

Der internationale Handelsverkehr kommt immer mehr unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Notlage in den einzelnen Ländern. Deutschland, das bedeutendste Industrieland mit milderem Winter, wird von den anderen Ländern durch die wirtschaftliche Notlage hart bestraft. Im Juli ist der erhöhte Schweizer Zolltarif in Kraft getreten. Die Hoffnung, daß die Schweiz, die Einfuhr für einige Waren, die die besonders Deutschland als Ursprungsland in Frage kommt, aussetzen würde, hat sich nicht erfüllt. Trotz der hohen Tarife, besonders für solche Waren, für die Deutschland interessiert ist, bleibt die Einfuhrperiode bestehen. Man wird zugeben müssen, daß die Schweiz sich in einer üblen Lage befindet, denn die Wirtschaftskrise hat hier an Schwere zugenommen, so daß die Arbeitslosigkeit sich zu einer Höhe entwickelt hat, die bisher in diesem Umfang nie in die Erscheinung getreten ist. Der Zolltarif wird wohl kaum eine Erleichterung der Krise herbeiführen, denn die Wirkung wird zunächst die sein, daß die Preissteigerungsbewegung in der Schweiz erheblich zunimmt und nicht zuletzt durch erhöhte Schutzzölle davon auch die Lebensmittel betroffen sind.

Die Handelsvertragspolitik mit Deutschland ist dadurch ins Stocken geraten, da die Grundlage der Verhandlung auch für Deutschland eine unsichere ist. Die Schweiz beansprucht für Waren, die in Deutschland hergestellt werden können, und die zum Teil unter das Luxuszollgesetz fallen, Erleichterungen in der Einfuhr nach Deutschland, während von unserem wirtschaftspolitischen Interessensstandpunkt aus die Einfuhr solcher Waren zurückgehalten werden muß.

Die gleichen Schwierigkeiten tauchen gegen Spanien und Italien auf. Beide Länder sind interessiert an einer erhöhten Einfuhr von Wein und Süßfrüchten. Auf diesem Gebiet Konzeptionen zu machen, erscheint vom Standpunkt der deutschen Regierung recht bedenklich, denn wir würden unsere Zahlungsabgabe beinahe mit einer Ausgabe für nicht notwendige Genussmittel und die heimische Produktion schädigen, soweit sie in Konkurrenz steht mit den genannten Erzeugnissen. Spanien hat die Weisbegünstigung mit Deutschland so gut wie aufgegeben, indem es gegen uns einen sogenannten Valutaanspruch fordert. Dazu kommt der unheilvolle Zustand mit Frankreich. Auch die französische Industrie drängt, wie das Beispiel im besetzten Gebiet ergibt, auf die Einfuhr von Luxusartikeln, und nicht zuletzt wird bezogen die Einfuhr von Wein, Likör und Spirituosen. Alles Gegenstände, die wir vom Standpunkt unserer Handelsinteressen nicht gebrauchen können und uns nur eine Erleichterung der übernommenen Reparationspflichten auferlegen.

Bemerkenswert ist, daß nach einer Darlegung des französischen Finanzministers Doumer kein Finanzprogramm sich in diesem angiebt, was die deutsche Regierung auf dem Gebiete der Steuerpolitik plant. Der französische Finanzminister wendet sich gegen die weitere Inflation und kommt auf Konzeptionen im Gebiet einer Erhöhung der Umsatzsteuer und der Zölle. Allerdings äußert er zu gleicher Zeit Bedenken gegen eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer, weil diese bisher nur die Hälfte der in Entschädigung finanziellen Ergebnisse anweist. Mit der Erhöhung der Zölle steht es so, daß bei dem schon beschriebenen Tarif ein weiteres Ansteigen den auswärtigen Handel Frankreichs sehr erschweren muß. Deutschland, das für die Handelsbeziehungen keine untergeordnete Rolle spielt, muß seit dem 1. April einen um 300 Prozent erhöhten Tarif bezahlen. Dazu kommt aber noch eine besondere Erhöhung der Zölle gegen die Länder mit milderem Winter, die heute schon das Dreifache des Zolltarifs entrichten. Aus dieser Stellung der besonderen Rücksicht beabsichtigt nun der Finanzminister abermals einen Mehrertrag von 1 Milliarde Francs herauszuholen. Durch diese Zollpolitik, die sich auch gegen Belgien, die Schweiz und Spanien, wenn auch nicht in der schroffen Form wie gegen Deutschland richtet, ist Frankreich bereits mit diesen Ländern in Differenz geraten. Spanien hat kurzer Hand die Weisbegünstigung gelündigt.

Stellen sich somit unserem Handelsverkehr nach dem Westen sehr erhebliche Hindernisse entgegen, so sind die Aussichten nach dem Osten immer noch gering. Es entwickelt sich wohl ein Handelsverkehr mit Rußland, der jedoch einen verhältnismäßig geringen Umfang aufweist. Es wird zwar behauptet, daß an einigen Wägen größerer Mengen von Weizen, Getreide und Getreide bereit liegen, aber diese Bestände bedeuten doch für den Gesamtmarkt herzlich wenig. Die Abwicklung des Geschäfts mit Rußland läuft sehr erheblich, weil die finanziellen Verhandlungen bei Geschäftsabwicklungen auf einer sehr unsicheren Grundlage sich bewegen.

Auf dem Kongreß der russischen Wirtschaftsräte hat Komow sehr interessante Einzelheiten bekannt gegeben über die bisherigen Erfolge der Bemühungen der russischen Regierung, Konzeptionen auf die Ausbeute einiger Naturprodukte zu gewinnen. Die Angebote der deutschen Firmen auf Erwerb der Kohlenkonzeption sollen nach der Darlegung Komows unannehmbar sein. Für die Magnetitkonzeption im Gouvernement Kuril liegen eine Reihe von Angeboten vor, die angeblich Ausichten auf einen Wohlstand bieten. Für die Ausbeute des Baldreichs haben sich englische und kanadische Firmen interessiert. Eine französische Firma beabsichtigt, 2 Automobilfabriken zu pachten. Ebenso ist die Verpachtung einer Moskauer Kugellagerfabrik beabsichtigt. Danach erweitert die

Hungerland.

Von Georg Berke.

46) (Nachdruck verboten.)

„Der Stallknecht“, gab der andere zur Antwort. „Hier bist du“, erwiderte eine Stimme plötzlich aus dem Dunkel. Auch dieser war die Lampe ausgeblasen worden und nun kam er, sah an dem Seiten der Straße entlang tappend, herangestoben. Einmal: Walter ging aus Tschelken und rief den Mann an der Pfanne an: „Schön, Sie haben jemand nach den Verleumdungen der Steiger, Walter, Gabe, und Waidner. Die Verleumdungen der Steiger sollen je 10 Mann ihrer besten Leute zurückhalten und sofort mit diesen zur dritten Schicht fahren. Wenn ich am Schicht nicht zu finden bin, sollen sie in den Bau gehen und an den Arbeitsstellen bleiben, bis ich komme. Verstanden?“

Dann wachte er auf an den Schichtbeginn und sagte diejenen: „Die Herren sind mit den Dingen des Friedens und fahren ganz langsam im Schicht hinaus und lassen genau nach, ob alles in Ordnung ist. Sagen Sie dem Arbeitermeister, daß ich nicht mit dieser Schicht mit fahre, wenn ich irgend etwas Bedenkliches bemerken muß. Der Stallknecht steht hier und bedient den Signalapparat und das Telephon. Und nun los und aufgepaßt.“

Dann nahm er seine Lampe und eilte seinen Weg zu. Er war noch nicht weit gekommen, so begegnete ihm zwei Mann, die er nicht kannte. Die beiden Arbeiter hatten den Arbeitermeister auf der Höhe angerufen: „Er hat den Bau verlassen“, sagte der eine. Der Arbeitermeister und die Arbeiter kamen, und er ist dem Arbeitermeister gekommen.

„Was ist es im Prinzip?“ fragte der Steiger. „Bei uns hat die Schicht nicht begonnen, weil die Arbeiter nicht kommen.“

Dann ging er zum Schicht und sah aus.

Als Karl den Sonntag von der Mutter und den Geschwister

Bekehrte. In dieser sah es wärme aus, aber nicht so schlimm, wie es bei der Steiger vorgeht hätte. Verleumdungen Brüder waren gefallen, einige Jahre früher amgerissen, aber der Steiger, mit der guten Luft mitgehen, konnte bis in die Höhe des Wetterkessels gelangen. Aber hier übernahm sich gewaltige Brüche, hier war der Herz der Explosion. Wilhelm sah über die gefallenen Steine hinwegarbeitend, rief er plötzlich ein Arm entgegen. Wenige Schritte weiter fand er noch einen Toten. „Ich habe dich beim Fahren verletzt, hier dürfen heute nicht mehr Leute beschäftigt werden“, rief er ihm in den Sinn. „Nun warte“, erwiderte er ihm. Er war genau an der Stelle, wo die Luft der 1. Kanonierleitung in die Weidenerstraße trat. Ohne sich zu bewegen, eilte er der aus dieser Kanonierleitung herausgehenden Luft entgegen, und er gelangte fast unmittelbar im Schicht auf die dritte Schicht.

Hier traf er den Fahren des Meisters mit seinen Leuten. „Herr, in drei Tausend Namen, was habe ich Ihnen gestern Abend gesagt“, brüllte ihn Steiger Walter an. „Verfluchter Himmelsdamm, Sie haben ganz allein gesagt, daß es etwas passiert ist. Warum haben Sie das nicht, was Ihnen gesagt wird? Wenn Sie gehen Sie mir aus den Augen, sonst schlage ich Ihnen die Lampe vor Ihren Kopf, daß Sie auf der Stelle verrecken.“ Vor dem Schnappt ihm die Stimme über.

„Echt auch der Menschen an“, sagte er dann, trotz der Grützung die Stimme mühsam, in den Sinn. „Der ist Schicht, daß zwei Ihrer Kameraden oben in der Weidenerstraße liegen. Wenn Sie will —“

— Wachen sprachen mir was weiter. „Schön, Sie Ihre Denie und können Sie auf. Sagen Sie auch denen in den hinteren Arbeitsstätten, sie sollen alles in Ordnung bringen. Schicht ist nicht mehr vorhanden.“

Dann ging er zum Schicht und sah aus.

In Weidenerstraße begegnete ihm der Obersteiger, dem er Bericht erstattete. „Die erste Schicht“, sagte er ihm. „Dann fahre er an, während Steiger Walter nach Hause ging um etwas zu tun.“

zu geben. Wie lange wird es dauern, dann bin ich ganz verlassen. Wilhelm bleibe du wenigstens hier, bis ich herkomme. Ich bin hier geboren und will auch hier sterben. Wilhelm und Paul, laßt ihr mich nicht allein. Verspricht mir das.“

Die Klage der Mutter schnitt Karl ins Herz. Drum sagte er zu Wilhelm: „Bleibe du hier. Erfülle der Mutter den Wunsch. Ich verdiene jetzt mehr als früher und will gern etwas schicken, damit es Dir leichter wird. Wenn ich in den letzten Jahren nicht so viel gegeben habe, so ist es bei mir mit dem Gelde auch knapp gewesen.“

Wilhelm versprach es so halb und halb und sagte noch hinzu: „Boranzugeht, daß ich nicht die Arbeit verliere. Es weht augenblicklich wieder ein kühler Wind auf der Grube und wenn ich gemahregelt werde, bleibt mir nichts anderes übrig, als weg zu gehen.“

Beim weiteren Zusammenkommen begann Karl zu erzählen, warum er so Hals über Kopf seine Stellung verlässe und schenke Wilhelm klaren Wein ein. Er hat ihn jedoch, diese Mittelungen für sich zu behalten und nicht zu verwerten. — Sie waren gerade in der besten Unterhaltung, als sich die Tür öffnete und Wilhelms Schwiegermutter hereintrat. „Wilhelm“, rief er, ehe noch die Tür zugemacht, in Deiner Reich wird gestrichelt. Siehst du, bis achtzigtausend Bergleute haben aufgehört. Was sagst du nun?“

Wilhelm schweig, was dem Mann auffiel. Er sah genauer hin und erkannte Karl. Ihm die Hand reichend, erwiderte er die Art seines Eintritts: „Denn“, sagte er, „das wissen Sie als Steiger ganz gut, was das für uns bedeutet!“

Karl sagte war: „Ja“, aber in Wirklichkeit war es ihm unklar. Ihn solchen Problemen hatte er sich noch nicht abgegeben. Der alte Sommer sprach mit Wilhelm seine einige Worte und nun entschuldigte sich dieser bei Karl: „Reizt mich, wenn ich dich jetzt schon verlässe. Ich habe eine wichtige Besprechung, die ich nicht verpassen möchte. Lebe wohl, laßt es Dir gut gehen und laßt was von Dir hören. Wenn Du auch Steiger bist und ich Arbeiter, so können wir doch als Brüder zusammenhalten. Du hast ja wohl schon gemerkt, daß Du, wenn Du auch Steiger bist, ohne Dein Verstand aus Lohn und Brot kommen kannst. Lebe wohl Karl auf Wiedersehen.“

Karl hing verzweifelt in die dargebotene Hand ein und sah

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 18. Juli.

Sozialdemokratischer Verein.

Frauen! Heute abend 8 Uhr Frauen-Versammlungen.

Freitag, den 22. Juli, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Partei-Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen politischen Situation. - 2. Der Parteitag in Göttingen. - 3. Wahl von 4 Delegierten.

Die Versammlung, zu der zahlreicher Besuch erwartet wird, beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches oder der Karte.

Sozialdemokratischer Diskussionsklub. Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. Zur Aussprache steht aus den Vorschlägen für die Erneuerung des Parteiprogramms 'Die Frauenfrage'. Das einleitende Referat hat die Genossin W. H. Es hat jedes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereines Zutritt.

Sängerchor! Heute abend 7 1/2 Uhr: Gesang in der Frau-Versammlung Lohstraße 53. Erscheinen aller ist Pflicht.

Fünf Fragen.

Warum muß man sein Leben versichern? Weil es eine fittliche Pflicht jedes Menschen ist, für den Fall seines Todes die Hinterbliebenen vor Not zu schützen und für das eigene Alter, in dem die Erwerbsfähigkeit geschwächt oder ganz verloren ist, ein angemessenes Kapital sicherzustellen zum Zwecke der Altersversorgung.

Warum kann dieser doppelte Zweck nicht durch einfaches Sparen sondern nur durch die Lebensversicherung erreicht werden? Weil die Sparkasse lediglich die eingezahlten Gelder nebst Zinsen zurückhält, die Lebensversicherung dagegen (abgesehen von der bei Versicherungen ohne ärztliche Untersuchung üblichen Wartezeit) beim Tode des Versicherten sofort das volle versicherte Kapital zur Auszahlung bringt, einerlei wieviel Prämien bis zu diesem Zeitpunkt bezahlt sind.

Warum muß man sich sofort versichern? Weil die Prämie um so niedriger ist, je früher die Versicherung abgeschlossen ist; weil wir täglich und stündlich von Gefahren für Leben und Gesundheit bedroht sind, und es in einiger Zeit zum Abschluß einer Versicherung vielleicht schon zu spät ist.

Warum muß man sich so hoch versichern, wie es die eigene wirtschaftliche Lage nur irgend gestattet?

Weil infolge der durch den Krieg verursachten katastrophalen Geldentwertung geringe Summen nicht mehr den Zweck der Lebensversicherung erfüllen können. Die Kosten der Lebenshaltung sind auf mehr als das Zehnfache gestiegen, diesen veränderten Verhältnissen muß sich auch die Versicherungssumme anpassen. Der Abschluß einer höheren Versicherung wird erleichtert durch die Steuererparnis, die durch die Lebensversicherung erzielt wird. Auf Grund des § 18 des Reichseinkommensteuergesetzes sind nämlich von Gesamteinkommen die Prämien, die für Versicherungen des Steuerpflichtigen oder eines seiner nicht selbstständig veranlagten Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Erlebensfall gezahlt werden, in Abzug zu bringen, soweit sie den Betrag von 1000 Mark jährlich nicht übersteigen. Das bedeutet je nach der Höhe des steuerpflichtigen Einkommens eine Erparnis bis zu 40 Prozent der Prämie und mehr. Diese Beträge erhält also der Versicherte sich und seiner Familie, während der Nichtversicherer sie an den Staat zahlen muß.

Warum muß man sich bei der Volksfürsorge versichern? Weil sie im Gegenzug zu den privatrechtlichen Versicherungen die größten Vorteile bietet, was aus nachstehendem Beispiel klar hervorgeht.

Bei Abschluß einer Versicherung nach Tarif IIa auf 30jährige Dauer bei einer Monatsprämie von 10 Mark beträgt die garantierte Versicherungssumme:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes Viktoria (2631), Friedrich-Wilhelm (2650), Juna (2620), and Wilhelmina (2659).

Neben der beliebigen Volksversicherung bis zu 5000 Mark hat die Volksfürsorge auch die 'Großlebensversicherung' eingeführt und zwar in 2 Tarifen: Tarif O: Ohne ärztliche Untersuchung mit einer Versicherungssumme von 5000 Mark bis 20000 Mark.

Tarif R: Mit ärztlicher Untersuchung mit einer Versicherungssumme von 5000 Mark bis zur bestmöglichen Höhe.

Anträge zur Versicherung werden jederzeit im Büro der Volksfürsorge Breslau, Margaretenstraße 17, IV., Zimmer 89, und Adressen zum Abschluß einer Versicherung werden in allen Büros der Gewerkschaften sowie in allen Läden des Konsum- und Sparvereins 'Vorwärts' entgegengenommen.

Der Transportarbeiterverband

Hier kürzlich im Gewerkschaftshaus seine Vierteljahresversammlung ab. Der Bevollmächtigte, Kollege Gen. E., erstattete Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung, die eine Kleinzahl von Kaufmannseinstellungen, Vertretungen vor Schlichtungsausschüssen und Gewerbeamt, Rechtschutz usw. zu erledigen hatte. Er forderte die Mitgliedschaft auf, ihre Pflichten zu erfüllen zur weiteren Ausbreitung der Organisation, um sie leistungsfähiger denn je zu machen für die kommenden Kämpfe um die Besserstellung der Lebensbedingungen, die aber nicht nur einen Kampf um die Besserstellung, sondern auch eine schwere Wehr der Arbeitsgeberangriffe wird ausfallen müssen. Zur Zeit werden gewerkschaftliche, insbesondere christliche Organisationen, die zur Verbesserung der Lebenshaltung bisher absolut nichts beigetragen haben, wieder außerordentlich frech. Sie versuchen immer und immer wieder, ihre Schlingen einzufangen, und die Kollegen, die sich betreten lassen, merken es zu spät, daß die Zugehörigkeit zu einer christlichen oder anderen Organisation - dem Transportarbeiterverband wertlos ist. Es wird Aufgabe insbesondere der Betriebsratsmitglieder sein, darauf zu achten. Er appellierte weiter an die Verkehrsarbeiter, Solidariät auch im Streikverwehre zu üben. Die oft so gefährlichen Momente in den hart beschienen Straßen müssen verschwinden und der Ton, mit dem sich die Kollegen begegnen, muß menschlicher werden. Von den Bewegungen in den verschiedensten Branchen wurde berichtet, und besondere Beachtung der 'Elektrischen Straßenbahn Breslau' wurde.

Das Post- und Telegraphenpersonal hat erneut Verbesserungen durch den Verband erreicht und auch hier unterliegt es dem Willen zum Steige, wie in Zukunft sich die Entlohnung der Kollegenschaft gestalten wird. Leider sind die Unterbeamten immer noch von einem Vorurteil eingenommen, das den Weg zur Verbesserung nicht erkennen läßt. Die Einheitsorganisation im Deutschen Verkehrsband allein wird reiflos alle Fäden der Besoldungsordnung und des Tarifvertrages befeitigen können. Die Angst um den gewährten Ruhegehalt ist unangebracht, zumal seit Jahrzehnten die Arbeiterbewegung als eines ihrer Ziele betrachtet, allen arbeitenden Menschen die Gewährung eines Ruhegehalts aus öffentlichen Mitteln zu schaffen. Wenn alle Arbeitenden den Willen hierzu durch den Zusammenschluß in Einheitsorganisationen wie dem Deutschen Verkehrsband bekunden, wird bald das Ziel erreicht sein. Im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen hatte die Ortsverwaltung im letzten Quartal 32 000 Mark Streikunterstützung ausgegeben.

Die Wechsels der Bewegungen hat sich ohne besondere Schärfe abspielen lassen, selber waren auch Lohnausfälle durch die oberflächlichen Verhältnisse festzustellen, gegen die ein Ankommen unmöglich war. Die ausbleibende Kohle hat bei den Straßenbahnen und in Teilen der Industrie eine Verzögerung der Arbeitszeit zur Folge gehabt.

Kollege Bräuner gab den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß die Mitgliederzahl trotz 600 Neueintritten sich durch Uebertritte in andere Organisationen und durch Arbeitslosigkeit verringert hat. Auch er betonte stark, daß es Aufgabe eines jeden Kollegen ist, darauf zu achten, daß die Kämpferreihe nicht kleiner wird, zumal die in Aussicht stehende neue Großgrundbesitzer und Großkapital erzwirnte Verwertung des Brotes, der Kohlen, Meizen usw. die Arbeiterschaft vor die schwierigsten wirtschaftlichen Situationen stellen wird. Wer dann im Zerbröckeln keine Stütze hat, der geht sicher unter.

Kollege Gogsch gab kurz den Bericht über die Kartellversammlungen, aus dem die Stellungnahme des Kartells zur Schlichtungsordnung und zum Arbeitsnachweisgesetz hervorzuhellen ist. In der Aussprache wurde die Abwehr der Orgesch-Ranipulation als besonders wichtig bezeichnet.

Die Aufforderung, gemäß dem Beschluß der Mitgliederversammlung vom Oktober 1920 je 20 Mark Gewerkschaftsbeiträge abzuführen, war notwendig, weil wir allein 200 000 Mark aufbringen müssen, um im Frühjahr mit der Jungangriffnahme des Erweiterungsbauwerks rechnen zu können.

Nach Entlastung der Verwaltung und des Kassierers fand Wahl eines Kollegen in die Ortsverwaltung statt und Kollege Gen. E. schloß die Versammlung mit dem Erinnern, auch die Reihen des Konsum-Vereins 'Vorwärts', der nunmehr in 38 Verkaufsstellen 20 000 Mitglieder vereint, mehr und mehr aufzufüllen, damit die Zeit nicht mehr fern ist, wo die Krämergasse auch nicht einen Proleten mehr überfordert kann. Kinder- und Lebensversicherungen sollten nicht eingegangen werden, ohne sich vorher über die 'Volkswirtschaft' eingehend zu orientieren. Weitere Kaffiarbeit zu leisten wurde verlangt. Das soll in altgewohnter Weise in kleineren Branchenversammlungen geschehen, in der Hoffnung, daß von den Berufscollegen bald keiner mehr außerhalb der Organisation steht.

Werden Zeitungsanzeigen gelesen?

In 'Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker' stand folgende interessante Notiz: 'Der Leiter eines großen Geschäfts in Berlin, das fortwährend sehr bedeutende Summen für Zeitungsanzeigen ausgibt, hat kürzlich einen Versuch gemacht, dessen Ergebnis einen lehrreichen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage bildet. Er legte nämlich in die Zeitungen eine Anzeige, in die vorzüglich verfaßte, aber fehlerhafte Angaben über geschäftliche Ereignisse eingeschmuggelt waren, und wartete ab, ob hierauf etwas erfolgen würde. Im Laufe einer Woche waren bei dem Geschäftshause aus allen Teilen des Landes etwa 300-400 Zuschriften eingelaufen, in denen die Briefschreiber ihr Erstaunen darüber ausdrückten, daß ein solcher Schachkopf, der von nichts eine Ahnung zu haben scheint, die Geschäftsanzeigen der Firma abfassen dürfte. Und in den folgenden Tagen nahm der Briefstrom noch dauernd zu. Es liefen Briefe von Schuljungen und Schulmädchen, von Professoren und Lehrern, von Geistlichen und Landwirten ein, und selbst ein paar Namen von literarischem Ruf befanden sich unter den Briefschreibern. Damit war die Frage, um die es sich handelte, allerdings beantwortet, und der Leiter des Geschäftshauses erklärte, daß seine Ueberzeugung von der Wirksamkeit der Zeitungsanzeigen durch diesen Versuch außerordentlich gestärkt sei.'

Halbjahrsbericht des Bezirksarbeiter-Sekretariats in Breslau.

Das Bezirksarbeitersekretariat wurde vom 1. Januar bis 30. Juni 1921 von 1029 Personen in Anspruch genommen. (Im vorjährigen Halbjahre waren es 889 Personen.) Davon waren 741 männliche, 271 weibliche Personen und außerdem 17 Behörden und Vereine, die zwecks Auskunfterteilung sich an das Bezirksarbeiter-Sekretariat gewandt hatten.

Es wurde in 1055 Fällen Auskunft erteilt, davon 437 schriftlich. Außerdem wurden 797 Schriftsätze angefertigt. Sie waren auf folgendem Gebiet nötig:

- Arbeiterversicherung 311 - Privatangekelltenversicherung 11 - Arbeits- und Dienstvertrag 56 - Bürgerliches Recht 76 - Strafrecht 17 - Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 161 - Sonstige Sachen 171.

Dazu kommt noch die Vertretung der Unfallverletzten und sonstigen Rechtshilfsbedürftigen vor den rechtsprechenden Instanzen. Das Bezirksarbeitersekretariat hatte bis zum Ablauf des ersten Halbjahres 219 Unfall- und Invalidenklagen zu bearbeiten. 86 Streitigkeiten konnten erledigt werden. Vor dem Oberverwaltungsamt wurde in 53 Sachen vertreten. Vor dem Amtsgericht 1 mal und vor dem Gewerdegerecht 1 mal. Es schweben zur Zeit noch 183 Streitigkeiten, wovon 7 noch aus dem Jahre 1919 und 125 aus dem Jahre 1920.

Viel Zeit nimmt die Vertretung vor den Spruchinstanzen in Anspruch. Außer dieser Tätigkeit muß der Bezirkssekretär einen erheblichen Teil seiner Zeit zu Abhaltung von Versammlungen im Bezirk schenken, sowohl wie in Breslau selbst, als auch in den umliegenden Orten, sowohl wie in Breslau selbst, als auch in den umliegenden Orten. Es wurden die Kartelle Briesg, Bernstadt, Orlau, Wansien, Grottkau, Reichenstein, Jigendals, Trebnitz, Ränkberg, Wittlich, Löwen, Trautenberg, Dilsch, Ollsa und Kamslau, sowie zwei neue Kartelle, Grottkau und Wansien konnten gegründet werden. Folgende Versammlungsstätten wurden besetzt: Die Besetzung der Krankenkassen. Die kommenden Arbeitsgerichte. Bericht über die Tagung der Gewerbebetriebe in Bamberg. Lebensmittelmangel. Das neue Einkommensteuergesetz. Das Rinderkrankheitsgesetz. Was der Arbeiter von der lokalen Gesetzgebung wissen muß. Außerdem wurden 26 Referate bei den verschiedenen Gewerkschaften in Breslau gehalten. Dazu kamen 14 Erwerbslosenberatungen mit dem Thema: Was ist bisher für die Arbeitslosen geschehen und was kann den Arbeitslosen helfen?

Zu bemerken wäre noch, daß die Wahlen der Bezirks- und Gewerkegerichte in Breslau mit gutem Erfolge beendet wurden und daß durch regelmäßige Zusammenkünfte der Bezirks- und Gewerkegerichte eine bessere Zusammenarbeit erzielt wurde.

Die Kartelle haben jetzt die Aufgabe, eine sorgfältige Statistik über die Mitgliederbewegung und Unterstützungsleistungen regelmäßig aufzunehmen. Wir wollen hoffen, daß die Schwierigkeiten der regelmäßigen Erhebung durch Fleiß und Lastracht recht bald überwunden werden. Die Kassierer der einzelnen Kartelle werden dringend ermahnt, ihrer Berichtspflicht in noch viel höherem Maße zu genügen, als wie es bisher der Fall war. Solidarität über ist der vornehmste Grundgedanke der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse. Soweit der Halbjahrsbericht, der erkennen läßt, welche Aufgaben das Bezirksarbeiter-Sekretariat zu erfüllen verpflichtet ist.

Bei schriftlicher Auskunfterteilung machen wir dringend darauf aufmerksam, daß den Anfragen immer Rückporto beigelegt werden muß.

Bezirksarbeiter-Sekretariat Breslau, Margaretenstr. 17. J. A. Alfred Peikert.

Die juristische Sprechstunde

findet in dieser Woche statt: Dienstag, den 19. Juli, von 12-1 1/2 Uhr, und Donnerstag, den 21. Juli, von 12-1 1/2 Uhr. Eingang Grünstraße 46.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

Das Arbeitersekretariat der freien Gewerkschaften

wurde im Juni von 1029 Personen besucht, von denen 786 männliche und 243 weibliche Arbeitnehmer waren.

Nach dem Organisationsverhältnis waren 785 nur gewerkschaftlich, 119 nur politisch und 143 gewerkschaftlich und politisch organisiert. Bei 32 Auskunftsuchenden war keine Organisationsmöglichkeit vorhanden.

Die 1029 Auskünfte verteilten sich auf die Rechtsgebiete der Arbeiterversicherung mit 83, Arbeits- und Dienstvertrag 120, Bürgerliches Recht 427, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 264, Strafrecht 118 und auf alle übrigen Rechtsgebiete 22.

Schriftsätze wurden 339 angefertigt und zwar 49 Klagen vor den ordentlichen Gerichten, 8 Beschwerden, 5 Berufungen, 91 Gesuche, 78 Eingaben, 70 Anträge, 17 Widerspruch, 16 sonstige und in 5 Fällen wurde schriftliche Auskunft erteilt.

Nach Rechtsgebieten geordnet verteilen sich diese Schriftsätze mit 17 auf die Arbeiterversicherung, mit 17 auf Arbeits- und Dienstvertrag, mit 116 auf Bürgerliches Recht, mit 42 auf Strafrecht, mit 120 auf Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, mit 17 auf das Reichsverwaltungsrecht und mit 10 auf alle sonstigen Rechtsgebiete.

Wir weisen an dieser Stelle nochmals darauf hin, daß in allen oben angeführten Fragen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitersekretariat unentgeltlich Rat und Auskunft erteilt wird. Deswegen werden Schriftsätze aller Art kostenlos angefertigt.

Damit allen Kolleginnen und Kollegen der Besuch des Sekretariats ermöglicht wird, sind die Sprechstunden auf den ganzen Vormittag bis 1 Uhr ausgedehnt. Desgleichen finden nachmittags Sprechstunden von 4-6 Uhr außer Sonnabends Nachmittags statt.

Schadenersatzpflicht eines Arbeiterrats

Das Landgericht in Dresden fällt gegen den Arbeiterrat einer Firma ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung. Aus Anlaß einer Streitigkeit mit der Betriebsleitung forderte der Arbeiterrat die sofortige Entlassung eines Werkmeisters unter gleichzeitiger Streikandrohung für den Weigerungsfall. Der entlassene Werkmeister verklagte die Firma und erzielte ein Urteil auf Zahlung einer Entschädigungssumme von 3000 Mark. Die Firma ihrerseits verklagte den Arbeiterrat auf Schadenersatz nach § 823 BGB. Dieser Klage gab das Gericht statt und verurteilte den Arbeiterrat als Gesamtschuldner zum Ersatz des Schadens einschließlich der Zinsen. In dem Urteil des Landgerichts wird festgestellt, daß der Arbeiterrat durch seine Handlung den Werkmeister zu entlassen, den Streik einzuführen werde, erzielte das Gericht einen Verstoß gegen die guten Sitten! Der gerichtliche festgestellte Schaden muß von dem Arbeiterrat ersetzt werden, da es sich um eine gemeinschaftliche unerlaubte Handlung im Sinne der §§ 823 und 826 Abs. 1 des BGB. handelt.

Das sind nette Aussichten für die Arbeiterschaft; sollten derartige Urteile bestehen bleiben oder gar Robe werden? Das Gericht hat sich offenbar den bekannten Auspruch vor Augen gehalten: Wer andere an der Arbeit hindert, wird mit Zuchthaus bestraft. Dem Ratte verständliche Urteile haben wir erst zu erwarten, wenn das verknöcherte System in der Reichspflege mit Stumpf und Stiel ausgerottet ist. Hieran hilft jeder mit, wenn er sich zu den Zielen der Sozialdemokratischen Partei bekennt und dieser selbst beiträgt.

Im Ufa-Theater wird gegenwärtig Rautenbads verfilmte

Tragödie 'Das Gelübde' vorgeführt. Der Film ist spannend und reich an schönen Bildern. Ein junges Ehepaar kommt auf seiner Hochzeitsreise durch mehrere Städte von Italien und bezieht dann ein Schiff. Dieses geht unter, und die Gatten werden getrennt. Während der Mann nach vielem vergeblichen Suchen in die Heimat zurückkehrt und hier ein Kloster bezieht, wird die Frau an die arabische Küste gespült, hier gefangen genommen und als Geschenk wandert sie von einem Staat zum anderen, bis die Flucht ihr glückt. Der Gedanke an dieses Haremleben läßt dem Mann ein Zusammenleben mit ihr nach ihrer Rückkehr unmöglich erscheinen, und beide wollen fortan ihr Leben im Kloster zubringen. Das Spiel der Lotte Reumann ist glänzend und ebenso zeigt sich die darstellerische Kunst von Theodor Ross im besten Licht. Daneben weist das Programm noch ein nettes Lustspiel auf und eine Wanderung durch ein Festland.

Galische Erntemaschinen

Zu dieser Zeit teilen uns die hiesigen Privatdetektivinstitute Dombranski, Janderko, Courrier, Thomas und Dr. Weise mit, daß sie keine Erntemaschinen als Ausweis benutzen, auch nie benutzt haben. Es können nur minderwertige Privatdetektiven sein, auf die sich jene polizeiliche Warnung bezieht.

Die Höhe des Reichsflusses

In einem Automaten im Süden der Stadt haben in letzter Zeit tagtäglich zwei junge Männer mit einem noch ganz grünen Möbel zusammen und verjubelten eine Menge Geld. In diesen Tagen wurde sich dies Treiben auf. Das Möbel, das in einem Geschäft auf der Gartenstraße als Laufmädchen beschäftigt war, wurde dabei ertappt, als es Geld aus der Kasse stahl, und es gelang man schließlich ein, täglich Beträge von 70 bis 100 Mark entwendet zu haben, und dieses Geld habe es mit ihrem Freund, einem Hofmusikanten und einem Schloffer, auch stets verjubelt. Alle drei liegen jetzt hinter Schloß und Riegel.

Der Schwamm des Diebs

Ein hiesiger Kaufmann lebte von seiner Ehefrau getrennt. Sie war von ihm fortgezogen und wohnte in Rathbor. Als der Mann in Geldnot war, reiste er nach Rathbor, drang bei seiner Frau ein und ließ ihr aus dem Verließ 8000 Mark. Die Gattin verzeigte aber nicht, Strafantrag zu stellen, und der Gemahl ist vor einigen Tagen von der hiesigen Polizei festgenommen worden.

Schloffer

Der Kaufmann Adolf Polakowski, der sich am 13. Juli früh in der Pöbel den Rücken schmeißen ließ, erschaffen hat, war seit einiger Zeit ein ständiger Besucher des hiesigen Casinos, das in der letzten Zeit sehr in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Es wird nun berichtet, daß er am 13. Juli ein Koffer mit sich brachte, ein hiesiger Mann, der 180 000 Mark Kasse an das Casino zu lassen sollte, ihn aus dem Casino um 10 000 Mark, die er ihm gegeben hatte, entführte. Der Verhaftete war am 13. Juli in der Pöbel gefangen worden.

